

anderes sind als brutale Erpressungen, der deutsche Handel zum Nutzen der Sieger erschaffen werden soll. Erziehung gleicher Handelsbedingungen unter allen Nationen, nennt man das gemäß Punkt 3 des Wilson-Programms. Unparteiliche Schlichtung, die keine Begünstigten kennt und keine Absonnerungen, heißt es nach Wilsons Vierzehnpunkte-Rede vom 27. September 1918. Aber das alles steht nur im Einklang mit dem leidenden Gedanken der Sieger: Vollste Verwirklichung der deutschen Staatshoheit. Was wir uns auf die Verantwortung der 17 Bräutler Fragen einlassen, dann verlieren wir: Unsere Finanz- und Steuerhoheit, denn wir müssen über die deutschen Steuerverhältnisse Auskunft geben (Frage 3), müssen unsere Steuerpolitik nach dem Befehl der Sieger einrichten, ja, wie aus Frage 17 zu entnehmen ist, auf ihr Kommando auch Steuern erhöhen und neue Steuern beschließen. Die Verwirklichung des Reichshaushalts ist nicht mehr Sache der Regierung und der Volksgewalt, aber ihnen steht der Wille des Feindes. Auch eine Verhältnishaushalt wird es nicht mehr geben, denn der Feind will wissen, was die Staatsverwaltung kostet, wieviel Steuern anzuheben sind, wie überhaupt gewinnbringend wird. Warum will er das wissen? Um nach etlichen Millionen Beamte auf die Straße werfen zu können — *car tel est mon plaisir*, denn so gefällt es mir, hieß es in den Dekreten eines Rudolph XIV. Ihm gefiel es, dem Deutschen Reich das deutsche Elend mit Strafpunz wegzuschreiben, seinen Nachfolgern gefällig es, aus dem deutschen Volk Volkssklaven zu machen. Sklaven haben kein Privatvermögen. Selbstvermögen nicht; etwas besitzen konnte im alten Rom nur der freie Bürger der römischen Republik. Und wir sind — im Zeitalter des Völkervertrags und der internationalen Gerechtigkeit und Gleichheit — zu Sklaven gemacht, wie das alte Rom unterworfenen Völker zu Sklaven gemacht hat. Deshalb fragen die Sieger nach dem deutschen Privatvermögen, nach den Erbvermögen, die auf Grund eines selbstvererblichen Vermögens für die Beschlagnahme und liquidierte Vermögensgegenstände im Ausland gezahlt worden sind, ja, selbst nach dem Wert des deutschen Privatvermögens im neutralen Ausland. Das heißt nichts anderes, als daß auch deutsches Privatvermögen vor dem Zugriff der Feinde nicht mehr sicher ist. Was in jahrhundertlangem Untertanentum an volkreichen Elementargrundbesitz erreicht worden ist, was die Welt tatsächlich seit den Eroberungszügen der Römer, seit der Zerstörung Karthagos und der Verstrümmung Mexicos nicht mehr erreicht hat, das wird jetzt wieder brutale Wirklichkeit. Wir leben nicht umsonst im Zeitalter des Völkervertrags, des Völkervertrags.

Das es einen Zweck angeht solcher Ausdrücke wohnwärtiger Vermögensgegenstände, die auch jetzt noch nicht vor Aufkommen mit dem Kaiser zurückführt, die Nachfrage aufkommen? Deutschland ist für alle Schäden verantwortlich. Deutschland vertritt sich auf sogenannten Wiedererstattung, heißt es in den Artikeln 131 und 132 des Versailler Instruments, und im Artikel 248 ist gesagt: Unter Vorbehalt der von dem Wiedererstattungs-Ausschuss etwa bewilligten Anordnungen haben der gesamte Besitz und alle Einkünfte des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten an erster Stelle für die Bezahlung der Kosten der Wiedererstattung und aller anderen Kosten, die sich aus dem gegenwärtigen Vertrag oder aus allen ihn ergänzenden Verträgen und Uebereinkommen... ergeben. Das "Deutschland" und "Deutsches Reich" in diesem Zusammenhang zu bedeuten haben, wissen wir jetzt. Es ist nicht irgendwelche historische Bezeichnung, sondern soll nach der Auffassung der Verbändlungsmitglieder auch das deutsche Volk, das heißt jeden einzelnen von uns, umfassen. Selbstverständlich ist das unerschöpflich, aber die anderen haben die Macht und gebrauchen sie, so lange wir es nicht ablehnen lassen, rachsüchtig, brutal, diktatorisch. Sie begehren sich nicht damit, unsere Konfiskationsfähigkeit zu vernichten, darauf deutet der Passus von den Arbeitern hin, die natürlich bei uns im Vergleich zur allgemeinen Lebenslage nicht niedriger, sondern eher höher sind als anderswo in der Welt, so wollen wir ihnen streben an der deutschen Wirtschaftskraft überhaupt, wollen uns jede Quelle der wirtschaftlichen Wiedererstattung verschließen, weil nur so die dauernde Verfallung möglich ist. Ein Zweites, strengt eines Tages die Ketten, deshalb sollen wir bewacht bleiben. Ein raffiniertes System hat man sich dabei ausgedacht und in raffinierter Weise wird es angewandt. In diesen Zusammenhang gehört ja auch der "Zinsen" Verlust, und ein Schuld von 20 Milliarden in Gold aufzuheben. Das wir weder im nächsten Jahre, noch 1920, noch 1921 die geforderten Zahlungen leisten können, darüber ist man sich natürlich in London ebenso im Klaren, wie über die Unausführbarkeit des Versailler Vertrages überhaupt. Mögliches zu verlangen, liegt aber gar nicht in der Absicht der Sieger. Mit vollem Bewußtsein fordern sie Unmögliches, damit wir uns nie wieder aus der Längnis lösen können, damit sie immer wieder sogenannte "Rechtsansprüche" geltend machen können und die Verfallung ewig dauert. Das ist die nackte Wahrheit, alles andere, was Männer wie Ebert und auch Simons uns ausmalen, sind Illusionen. Das Volk, das im Dunkel wandelt, sieht ein großes Licht. Das Wort wird erst dann wahr werden, wenn über unsere Staatsmänner die Erkenntnis kommen wird, daß es eines langen, eisernen Willens bedarf, um das Volk wieder in die Höhe zu bringen, daß weder die Zeit, noch eine Theorie und helfen können, wenn es am nächsten steht: am unheimlichen Lebenswillen der Nation, an der selbstlosen Entschlossenheit seiner Führer, an dem Mut zur Selbstbebauung gegenüber den Verfallungsabsichten vernichtungswürdiger Feinde.

Die französisch-belgischen Rüstungen.

(Einer Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.) Brüssel, 28. Dez. Jeder der beachtlichsten militärischen Rüstungen, welche von Frankreich und Belgien teils gemeinsam, teils einzeln vorgenommen werden, ist in der Öffentlichkeit beider Länder nur sehr wenig bekannt. Mit desto größerem Interesse verfolgt England die Vorgänge. Nach Mitteilungen englischer Marine-Offiziere sind bei Schneider-Creusot größere Bestellungen im Bau, die für die künftige Beschaffung von Panzer- und anderen Schiffen sind. Zwischen Frankreich und Belgien werden auch militärische Verhandlungen geführt, um weitere Bestellungen dieser Art in Dordrecht auszuführen. Von englischer Seite wird behauptet, daß Belgien und Frankreich für die Schiffsverfertigung einen ausgedehnten Plan entworfen haben, der im kommenden Jahre zur Durchführung kommen werde.

Die Entente und ein russisch-rumänischer Krieg.

Berlin, 28. Dez. Die hiesige russische Zeitung "Rul" meldet aus Peking: Die rumänische Regierung hat angesichts der kriegerischen Vorbereitungen der Bolschewisten, die an der belarussischen Grenze Truppen anzuheben, in Paris und London sondiert, ob sie dort auf dieselbe Hilfe zählen könnte, wie sie Polen geleistet worden wäre, als es galt, die roten Armeen zurückzuwerfen. In Paris ist man geneigt, Rumänien zu weit wie möglich zu helfen. Frankreich würde jedoch nicht allein handeln können und sucht England und Italien für seinen Plan zu gewinnen, will aber die Hilfsbewilligung im voraus wissen lassen, daß Rumänien im Ernstfall auf diese rechnen könne. Der Streitgegenstand ist Westsibirien.

Freigabe der Juwelen des Fürsten von Albanien.

Stockholm, 28. Dez. Das hiesige Hofgericht kam heute im Prozeß wegen der Versteigerung in einem Klageverfahren nach Schweden gebrachten Juwelen des Fürsten von Albanien einstimmig zu einem Freispruch von allen Anklagen und Beschuldigungen. Die Freigabe des gesamten Schmuckes wurde verfügt. (B. L. B.)

Die neuen Verbandsforderungen über die Sicherheitspolizei.

Berlin, 28. Dez. Die neueste Entente-Note, in der angeblich die Entwaffnung und Auflösung der Sicherheitspolizei verlangt wird, hat hier, wie offiziell mitgeteilt wird, um so größeres Erstaunen hervorgerufen, als die leitenden Stellen im Reich und in Preußen sich bewußt gemeldet haben, daß der Erlass des Ministers des Innern vom 4. Oktober, der alle Einzelheiten für die Um- und Neubildung der Sicherheitspolizei regelte, in allen Punkten genau den Abmachungen entspricht, die in mühseligen Verhandlungen vorher mit den Bevollmächtigten der Entente getroffen worden waren. So wie diese Abmachungen selbst, ist auch ihre Durchführung von der Staatsregierung übernommen worden. Dabei handelt es sich allerdings um eine sehr wichtige Aufgabe, die Ausführungsbestimmungen notwendig macht, die wohl so ziemlich ein ganzes Buch ausfüllen. Denkbar wäre allenfalls, daß Einzelheiten dieser Ausführungen beanstandet werden könnten, daß aber grundlegende Forderungen der Entente dabei verletzt worden wären, muß bis zum Beweis des Gegenteils als ausgeschlossen gelten. So kann man in der Tat nur annehmen, daß der irgendwelche Mißverständnisse unterlaufen sind. Der Wortlaut der Entente-Note ist noch nicht veröffentlicht. Das Urteil über die Angelegenheit muß deshalb noch vorbehalten bleiben. Zu der neuen Entente-Note wird ferner mitgeteilt: Die militärisch organisierte Sicherheitspolizei besteht nicht mehr. Es gibt keine für das ganze Reich zusammengefaßte einheitliche, nach militärischem Vorbild geordnete Sicherheitspolizei mehr. Die einzelnen Gruppen sind abgenommen. Die Gruppenstärke ist aufgelöst. Es besteht lediglich eine örtlich reglementierte Ordnungspolizei, die sich von der sogenannten "blauen" Ordnungspolizei nur durch die Farbe der Uniform unterscheidet, und auch dieser Unterschied wird lediglich aus Sparsmaßregeln aufrecht erhalten. Die vorhandenen Vorräte an artem Tuch sollen aufgebraucht und aufgetragen werden. Ist das geschehen, dann wird es nur noch eine einheitlich angeordnete und bewaffnete Polizei geben, von der ein Teil der Sicherheits-, der andere den Ordnungsdienst versehen wird.

Berlin, 28. Dez. Von der Reichsregierung wird ein Gesetzentwurf über die Herstellung von Waffen und Munition vorbereitet, der eine Anzeigepflicht für die Verfertigung von Waffen und Munition vorsieht. Eine besondere Genehmigung für die Herstellung ist offenbar nicht geplant.

Bayern und die Einwohnerwehren.

München, 28. Dez. Der neue englische Generalkonsul in München, Mr. Seeds, hat die Presse zur Veröffentlichung einer Erklärung ermächtigt, in der er sich zugunsten einer Sonderbehandlung Bayerns in der Frage der Einwohnerwehren äußert. Er glaubt, eine gütliche Lösung der heiklen Frage vermittelst der Begegnung der Effektivstärke der Einwohnerwehren und der Dezentralisation ihres Kommandos finden zu können.

General Rollet kehrt nach Berlin zurück.

Berlin, 28. Dez. Wie "Welt Journal" mitteilt, wird General Rollet in den ersten Tagen des Januar auf seinen Posten in Berlin zurückkehren. (B. L. B.)

Die Quertreibereien in der Erzbergerischen Steuerangelegenheit.

(Eragmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 28. Dez. Wie die "Nationale Korrespondenz" aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat nach dem Erzberger-Dessler-Prozeß der zuständige Präsident der ehemaligen Steuerdirektion versucht, das Verfahren gegen Erzberger wegen Steuerhinterziehung wieder aufzunehmen, das bereits Ende Oktober 1919 auf eine sachlich unrichtige Stellungnahme hin eingeleitet, dann aber wieder eingeleitet war. Das neue Verfahren wurde mit der wegen des Dessler-Prozesses erfolgten Veröffentlichung der Steuerakten Erzbergers begründet. Es gelang den Beamten aber nicht, die erforderlichen Akten zu erhalten.

Da diese monatelang im preussischen Finanzministerium lagen, ohne daß in der Sache überhaupt etwas erfolgte. Inzwischen wurde Erzberger wieder in den Reichstag gewählt und damit immun. Erst Ende Oktober, als durch die Zurückziehung des Straftrags gegen den Chefredakteur der "Deutschen Zeitung" Erzberger eine gerichtliche Klärung seiner Steuerangelegenheit unmöglich gemacht hatte, und daraufhin erneut in aller Öffentlichkeit gegen ihn die Anklage der Steuerhinterziehung erhoben wurde, wurde erneut durch Verfügung der zuständigen Behörden die Einleitung einer Untersuchung verfügt. In dem Erlass wurde auf einzelne Tatsachen hingewiesen, die noch der Klärung bedürftig sind.

Die Bearbeitung der Angelegenheit lag zunächst in den Händen eines Beamten, der die Untersuchung sehr scharf und durchgreifend führte. Der Verzicht an den Finanzminister wurde jedoch von einem anderen Beamten bearbeitet, der die Vorarbeiten seines Vorgängers nicht benutzte, sondern seinen

Bericht zugunsten Erzbergers abfaßt.

In diesem Bericht an den Finanzminister wird nicht aufgeführt der große Zinszuwachs, den Erzberger nach seinen eigenen Steuererklärungen in den Jahren 1916/17 und 1917/18 hatte. Nicht aufgeführt sind ferner die großen Kapitalüberweisungen an das Ausland, die zu politischen Zwecken erfolgt sein sollen. Auf Spekulationsgewinne ist überhaupt nicht eingegangen.

In dem Berichte wurde Erzberger Unkenntnis der Gesetze (!) zugunsten gehalten.

und der Berichterstatter kommt zu dem Schluß, die ganze Angelegenheit sei nicht so bedeutend, daß sie vor einem ordentlichen Gericht verhandelt werden müsse. Als der erste Bearbeiter unter der Hand erfährt, daß sein Bericht nicht verwertet werden sei, machte er einen Nachtragsbericht, in dem er mit großer Schärfe eine gerichtliche Untersuchung forderte, damit die "Quertreibereien" und eine Beeinflussung von interessierten "Zeiten" ausgeschlossen würden. Dieser Nachtragsbericht ist schließlich an das Finanzministerium weitergeleitet und von diesem an den zweiten Berichterstatter abgegeben worden, der aber auf seiner für Erzberger günstigen Stellungnahme festgehalten hat und von neuem zum Ausdruck brachte, daß er eine gerichtliche Untersuchung nicht für nötig halte.

Wie die endgültige Entscheidung ausfallen wird, steht noch dahin. Für die Behandlung der Erzbergerischen Steuerangelegenheit kommen nicht die Bestimmungen der Reichsabgabenordnung, sondern die des preussischen Einkommensteuergesetzes in Frage. Und nach diesen Bestimmungen wäre die Staatsanwaltschaft für die Untersuchung zuständig. Es ist übrigens bezeichnend, daß die Staatsanwaltschaft selbst ihren "Nachtstrich" in einem vertraulichen Erlass an das Landesfinanzamt ausgegeben hat, daß sie aber trotzdem die Durchführung der Untersuchung auch weiterhin dem Landesfinanzamt überläßt.

Sänisch und die Marburger Studenten.

Berlin, 28. Dez. Der preussische Kultusminister Dantsch will bei der Beratung des Kultusministeriums in der Landesversammlung Mitte Januar auf den Freispruch im Prozeß der Marburger Studenten zurückkommen. Der Minister hatte nach der Fällung des ersten Freispruchs von den "seligen Marburger Nordstuden" gesprochen.

Der Haushaltsplan für die Eisenbahnen.

Berlin, 28. Dez. (Da.) Der jetzt fertiggestellte Haushaltsplan der Reichseisenbahnverwaltung für 1920 rechnet mit einem Reibetrag von 14,4 Milliarden Mark (der jedoch in Wirklichkeit erheblich erhöhen wird). Das Ausgaben in Höhe von 26,8 Milliarden setzen nur 14,8 Milliarden Einnahmen gegenüber. Zu bestreiten waren die Ausgaben an Beamte auf Grund der neuen Besoldungsordnung 8,7 Milliarden und die Ausgaben an Angestellte und Arbeiter zufolge der neuen Lohnverträge und sonstigen Lohnvereinbarungen 4,7 Milliarden. Die Mehrausgaben sind nicht nur durch die Besoldungsaufbesserungen, sondern auch durch die außerordentliche Vergrößerung des Personals bedingt. Die Gesamtzahl der Beamten, Angestellten, Arbeiter um für 1920 wird auf 1044570 Köpfe veranschlagt. Im Vergleich zum Friedensjahr 1913 ergab das einen Zuwachs von 808717 Personen, obwohl nach vorläufiger Feststellung 7177 Kilometer Bahnstrecke abgetreten oder in fremde Verwaltung übergegangen sind. Eine Verringerung des Personalbestandes ist jedoch bereits eingetreten. Der Personalbestand hat einen Rückgang um 52633 Personen gegenüber dem Rechnungsjahr 1919 an besoldeten Angestellten erfahren. Die Verringerung soll weiterhin gewirkt werden, unbeschadet der Verbehalten der achtstündigen Arbeitszeit. Uebrigens sind in den vorliegenden Aufschlägen noch nicht berücksichtigt die weiteren Kosten, die sich aus der endgültigen Durchführung der Besoldungsänderungen und aus der Auflösung der neuangelegten Stellen ergeben werden. Ebenso sind noch nicht veranschlagt die Mehrausgaben für die Abgaben von Ausleihungszulagen an Beamte zur Vermehrung eines Ausfalls gegenüber ihrem früheren Lohnverkommen. Die Mittel sollen in einem Nachtragsbericht angesetzt werden.

Die Verhandlungen mit den Eisenbahner-Organisationen.

(Eragmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 28. Dez. Am Reichstag trat der aus Vertretern der Eisenbahner-Gewerkschaften gebildete Sachverständigen-Ausschuss zusammen, um an der außerordentlichen Lage und besonders an dem Groenert'schen Streikfall Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen über den Streikfall zogen sich bis gegen 8 Uhr abends hin. Man einigte sich schließlich dahin, morgen die Stellungnahme des Ausschusses zu formulieren und diese dem Minister Groenert zu übermitteln.

Inzwischen hatten Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Beamtenbund stattgefunden und das Finanzministerium erklärte sich bereit, die Forderungen und Wünsche der Eisenbahner dem Reichsausschuss zu übermitteln, in dem Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes sitzen. Der Reichsausschuss wird voraussichtlich am 3. oder 4. Januar in Berlin zusammentreten und das gesamte vorliegende Material prüfen. Im Reichsausschuss werden entsprechend seiner Zusammenlegung jedoch nur alle die Eisenbahnerbeamten amehenden Fragen erörtert werden. Die Wünsche der Arbeiter werden bereits in den vorangegangenen Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium ihre Erledigung finden. Durch das Entgegenkommen des Reichsfinanzministeriums hat die in den letzten Tagen angetriebene Lage eine Entspannung erfahren.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 28. Dez. Nachdem ein Unterabschluß des Sachverständigenrats bezüglich der Reichsregierung erhebliche Tarifierhöhungen im Güter- und Personenverkehr zur Deckung des Defizits des Eisenbahnbetriebs vorgeschlagen hatte, sind jetzt die Vorarbeiten für die Aufstellung neuer Tarife begonnen worden. Sie sehen eine erhebliche Steigerung der Gütertarife und eine mäßige Erhöhung der Personentarife vor. Die Ausarbeitung der Tarife wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen, so daß vor dem Frühjahr mit dem Inkrafttreten neuer Tarife nicht zu rechnen ist.

Die Lage des Postwesens.

Berlin, 28. Dez. Reichspostminister Giesberts teilte mit, daß eine ausführliche Denkschrift über die augenblickliche Lage im deutschen Fernsprech-, Post- und Telegraphenverkehr ausgearbeitet sei. Die Anfang Februar dem Reichstag zugehen werde. Darin sei vor allem die Notwendigkeit eines Ausbaues des deutschen Fernsprechnetzes dargelegt. Es würden die technischen Mittel vorgeschlagen, mit denen ein solcher Ausbau erfolgen könne. Es wird heute mehr telephoniert als früher. Erst durch den Krieg sei der Fernspracher als schnellstes Mittel zum Meinungsaustausch zur vollen Geltung gekommen. Dadurch träte naturgemäß eine Überlastung der Netze ein. Wenn ein Teilnehmer in fremde Netze gerate, in denen andere sprechen so ist dies ein Mißstand, der nicht durch die Beamten oder Beamtinnen verschuldet wird, sondern durch die augenblicklich gegenüber der Anschlußvermehrung noch unzureichenden technischen Apparate. Was die Postanleihe betreffe, so sei, wenn die Januar-Raten alle eingegangen sein werden, ungefähr eine Milliarde Mark eingelaufen. Mit dem Geld würden zahlreiche Reparaturen und notwendige Erhaltungsarbeiten ausgeführt, die enormes Geld kosten. Das Geld verschwinde unter den Fingern. Alles sei zehn bis zwanzigmal teurer geworden, und viele Erhaltungsarbeiten seien direkte technische Rüstwerke, zu denen viel Geld gehöre. Die Postanleihe hat das Fernsprechwesen vor dem völligen Zusammenbruch gerettet. Da auf die Dauer nicht mit den bisherigen Bau- und Erhaltungsarbeiten auszukommen sein wird, bedürftige der Minister, eine Reform im Fernsprechnetze.

Zu dem gehört zuerst ein großzügiger Ausbau des bisherigen Netzes, also eine Vermehrung der Leitungen. Besondere Berücksichtigung würden dabei die Fernverbindungen unterzogen werden. Dann sei eine zweckmäßigere Ausrichtung der Leitungen als bisher ins Auge gefaßt. Ferner würden technische Neuerungen eingeführt, aber deren Einzelheiten augenblicklich noch beraten würde.

Schließlich ging der Minister zu der augenblicklichen Lohn- und Gehaltsbewegung unter den Post- und Eisenbahnbeamten über und sagte: Die Erfüllung der von den Eisenbahnbeamten aufgestellten Forderungen wird das Reich um rund 2 Milliarden Mark belasten, während die Wünsche der Postbeamten das Reich ungefähr 1 Milliarde kosten würden. Ich verkenne keineswegs die Notlage, in der sich ein großer Teil der Post- und Telegraphenbeamten befindet, jedoch glaube ich nicht, daß dies durch einen Streik verbessert werden kann. Gegenüber den berechtigten Wünschen noch Verbesserung in der Volkswirtschaft, was sie im Rahmen des Möglichen tun kann.

Die Gemütsverfassung der Elah-Bohringer.

(Einer Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.) Genf, 28. Dez. Auf dem Parteitag der staatspolitischen Sozialisten erklärte der ehemalige deutsche Reichstagsabgeordnete Weill, daß Frankreichs realistische Politik im Innern und Außerem stark auf die Gemütsverfassung der elah-bohringer Bevölkerung drücke. Insbesondere herrsche eine erregte Stimmung über die Fortdauer der militärischen Vorkämpfe und die Einschränkung der politischen Meinungsfreiheit und auch der Unterweisung an den Schulen. Die Unzufriedenheit habe sich in einem solchen Grade gesteigert, daß es erklärlich sei, warum die sozialistischen Verbände sich in ihrer Mehrheit für den Anschluß an Moskau erklärt haben, obwohl sie keineswegs für den Bolschewismus sind schwärmen.

Erzberger Nachrichten
Mittwoch, 28. Dezember 1919
Nr. 543
Seite 2